

Martina Hohls
BIBS Fraktion
im Rat der Stadt Braunschweig
Platz der Deutschen Einheit 1
38100 Braunschweig

Pressemitteilung

0531/ 470-2181
martina.hohls@bibs-fraktion.de

Braunschweig, 25. September 2007

Auf der Suche nach verlorenen Transparenz- Die BIBS in der VII. Ratssitzung

Die VII. Ratssitzung am 25. September 2007 zeigte deutliche Transparenzdefizite im Braunschweiger Stadtrat. Die BIBS nutzte die Gelegenheit, um einige bei den Mehrheitsfraktionen unbeliebte, wichtige Fragen voranzutreiben.

Grundwassermanagement im Magniviertel

Mit Einbruch der regenreichen Zeit erhält das Thema „Grundwassermanagement im Magniviertel“ erneut Dringlichkeit. Die BIBS stellte den Antrag (TOP 25), die Verwaltung möge ein verbindliches Regelwerk zur Kontrolle der Grundwasserstände und zur Gefahrenabwehr von Hochwasser erarbeiten.

Akteneinsichten der BIBS hatten ergeben, dass nach Abschluss der ECE-Bauarbeiten der Grundwasserspiegel im Magniviertel trotz extremer Trockenheit bis kurz unter die Hochwassergrenze gestiegen war. Weder die Anwohner noch der Bezirksrat noch der Rat wurden darüber informiert.

„Wir haben Grund zur Annahme, dass die Drainagen unter dem ECE-Gebäude nicht wie vorgeschrieben ausgeführt wurden. Eine ausführliche Darstellung der Sachlage durch die Verwaltung ist überfällig. Es besteht die Gefahr von Unterspülungen und Schäden am historischen Magniviertel. Ferner stellt sich uns die wichtige Frage, wer die Kosten der Maßnahmen für Grundwassermanagement und Hochwasserschutz trägt“, erläutert BIBS-Fraktionsvorsitzender Peter Rosenbaum.

Mangelnde Transparenz im städtischen Haushalt

Nach Angaben der Braunschweiger Stadtverwaltung ist die städtische Verschuldung auf einem Stand von 176 Millionen Euro. Laut jüngsten Zahlen des Bundes der Steuerzahler hat Braunschweig mit einem Schuldenstand von 450 Millionen Euro nach Hannover und Salzgitter Stadt die dritthöchste Verschuldung Niedersachsens. Die Differenz zwischen den städtischen Zahlen und denen des BdSt ergibt sich daraus, dass letztere richtigerweise die Verschuldung der städtischen Gesellschaften in die Kalkulation einfließen lassen. „Die Verwaltung versucht immer den Eindruck zu vermitteln, sie habe massiv Schulden abgebaut. Möchte sie nicht die Verantwortung für die Schulden der ansonsten als ‚Konzern‘ betrachteten städtischen Tätigkeitsfelder übernehmen?“ hinterfragt BIBS-Ratsherr Frank Gundel den Sachverhalt (TOP 3.4), „Das ist meiner Ansicht nach eine Verschleierung der tatsächlichen Verschuldung.“

B-Plan mit Gestaltungsvorschrift Bohlweg-Süd

Die BIBS beurteilt die von der Ratsmehrheit angenommene Gestaltungsvorschrift für den Bohlweg Südwest (TOP 19) als übertrieben und nicht zweckdienlich.

„Statt das Erscheinungsbild des Bohlwegs zu harmonisieren, wird er vereinheitlicht und uniformiert. Der ästhetische Mehrwert ist sehr fraglich, wenn sich die erlaubte Farbskala auf nur 30 RAL-Farben in trostlosen Weißtönen beschränkt. Generell lehnt die BIBS jede Form der Über-Reglementierung ab“, so Gundel.

Sondernutzungssatzung für Plakatwerbung

Sehr kritisch steht die BIBS-Fraktion der Änderung der Sondernutzungssatzung für innerstädtische Plakatwerbung (TOP 22) gegenüber. Die Satzungsänderung stellt einen Einschnitt in die bürgerlichen Grundrechte dar: Sie schränkt nicht nur Kultur- und Kunstschaffende im belebtesten Stadtbereich ein, sondern beschneidet auch die Möglichkeit zur freien Meinungsäußerung im öffentlichen Raum.

Namensgebung „Korvette Braunschweig“

Die unangemessen harsche Reaktion des Oberbürgermeisters auf die Bürgeranfrage zur Namensgebung „Korvette Braunschweig“ in der letzten Ratssitzung veranlasste die BIBS-Fraktion, weitere Informationen einzuholen.

Akteneinsichten ergaben, dass der Anstoß in dieser Sache von Dr. Hoffman ausging und von einem beachtlichen Kreis Braunschweiger Honoratioren vorangetrieben wurde, ohne jedoch den Stadtrat zu konsultieren.

Die BIBS beantragt (TOP 23), den Gesamtvorgang offenzulegen: „Der Rat war in Namensgebungsprozess überhaupt nicht einbezogen worden, was gegen geltendes Recht laut NGO verstößt. Alles Repräsentierende wird vom Rat abgesegnet: Jede Straßenbenennung und Städtepartnerschaft wird besprochen, aber eine solche internationale Repräsentanz der Stadt nicht?“ so Rosenbaum, „Bei der Verwendung des Stadtnamens muss sich der Rat als Vertretung der Bürgerinnen und Bürger einbringen. Ferner interessiert uns im Namen aller Steuerzahlenden, welche Folgekosten diese Repräsentanz mit sich bringen wird.“ Die BIBS-Fraktion stimmte dem Antrag der Fraktion Die Linke zu, dass der Name Braunschweig nicht an Schiffe der Bundesmarine vergeben wird.

Vereinfachung von Bürgerbegehren

Angesichts des (trotz enormer Beteiligungszahlen!) zurückgewiesenen Bürgerbegehrens „Schwimmen in Braunschweig“ stellt die BIBS den Antrag (TOP 24), eine Beratungsstelle einzurichten, wo Bürgerinnen und Bürger sich über Möglichkeiten der politischen Partizipation informieren könnten. Die Stelle würde Hilfe anbieten, um die strengen niedersächsischen Anforderungen an Bürgerbegehren und –entscheide zu meistern. Der Antrag wurde aufgrund eines formellen Fehlers als unzulässig erklärt.

Zur CDU-Anfrage Rechtsstreitigkeiten

Mit der Anfrage 3.1 äußerte Carsten Müller/CDU Zweifel daran, dass die BIBS wegen durch sie angeregter Rechtsstreitigkeiten in der Lage sei, die Vertretung der Bürgerinnen und Bürger zugunsten des Gemeinwohls wahrzunehmen. „Müller vermischt auf unzulässige Weise die Privatperson Rosenbaum mit dem Mandatsträger. Die Auflistung der Rechtsstreitigkeiten begann zu einem Zeitpunkt, als die BIBS noch nicht Mitglied des Rates war“, kritisiert Fraktionsgeschäftsführer Michael Walther, „Die Liste zeigt zudem, wie sehr sich Rosenbaum persönlich für bürgerliche Belange, für eine öffentliche und politische Meinungsäußerung sowie gegen überhöhte Abwassergebühren einsetzt und engagiert. Dabei schreckt er rechtlich nicht vor Auseinandersetzungen zurück.“

Ausführlichere Informationen auf unserer Website www.bibs-fraktion.de